

Millionen für „Wanderarbeiter“

Republik überweist 14 Millionen Euro jährlich unkontrolliert ins Ausland!

■ Während der österreichische Sozialstaat an allen Ecken und Enden kracht, werden Millionen Euro an Familien im Ausland überwiesen. Österreich zahlt aufgrund einer Verordnung zu „Wanderarbeitnehmer“ jährlich 14 Millionen Euro für im Ausland lebende Kinder von Gastarbeitern.

„Steuergeldvernichtung der ersten Ordnung“, empörte sich Sozialsprecher Herbert Kickl über „die rot-schwarze Chaosregierung“, die in diesem Punkt ein wahrhaftes Meisterstück ablege: „Während die Armut im Inland steigt, hat man offenbar genug Geld, um es einfach, und so gut wie ohne Kontrollmöglichkeit, ins Ausland zu verschicken.“

Die Republik unterstütze mit dieser Aktion Familien von Ausländern, wobei nicht einmal gesichert ist, ob die jeweiligen Angaben auch nur annähernd stimmen. Ähnliche Probleme gebe es höchstwahrscheinlich auch bei den Pensionen, die ins Ausland überwiesen werden, vermutet Kickl.

„Es muß sofort Schluß mit diesem Unfug sein, der Mißbrauch Tür und Tor öffnet“, forderte der freiheitliche Sozialsprecher. Trotz EU-Diktats könne jeder Mitgliedstaat selbst entscheiden, welche Sozialleistungen er unter welchen Bedingungen gewährt. „Anscheinend geht es in den Augen von SPÖ und ÖVP allen österreichischen Staatsbürgern so gut, daß man Familienleistungen einfach zum Fenster hinauswerfen kann. Die FPÖ wird diesen Unsinn mit aller gebotenen Schärfe bekämpfen“, kündigte Kickl an.



Kickl: Bei Österreichern wird gespart, bei Ausländern wird gepöblt.

Kleinbetriebe ersticken in Bürokratie!

■ Wirtschaftssprecher Bernhard Themessl forderte neuerlich „eine längst fällige Grundsatzdebatte“ über die Ausrichtung der österreichischen Wirtschaftspolitik gegenüber den Klein- und Mittelbetrieben (KMU): „Die Bundesregierung verspricht dauernd einen weiteren Bürokratieabbau für die Unternehmer – nur getan hat sie bisher absolut nichts.“

Vom ständigen Verweis auf die Staats- und Verwaltungsreform, wie sie im Österreich-Konvent vorgeschlagen wurde, könnten sich die Unternehmen nichts kaufen.

Vielmehr seien, so Themessl, durch die falsche Wirtschafts- und Steuerpolitik die Energie- und Treibstoffpreise enorm gestiegen. Mit der ständigen Anpassung der Gebühren an die Inflation – die automatisch zu funktionieren scheint, während auf der staatlichen Geberseite nichts passiert – werden der Wirtschaft ständig neue Belastungen auferlegt.

„Durch das neue Unternehmensgesetzbuch werden die kleinen Lebensmittel-Nahversorgungsbetriebe an den Rand des Ruins getrieben. Mit der verpflichtenden Bilanzierung und

doppelten Buchführung ab 400.000 Euro Umsatz werden ihnen kaum noch verkraftbare Mehrbelastungen aufgebürdet“, kritisierte Themessl.

Neben der Rücknahme dieser unsinnigen Überregulierung und einem „flotten Angehen“ der Verwaltungsreform fordert die FPÖ auch, daß die Steuer- und Abgabenquote umgehend auf 39 Prozent abgesenkt werden muß. „Das ist kein Selbstzweck, sondern eine ökonomische Notwendigkeit, damit die Klein- und Mittelbetriebe – und damit Hunderttausende Arbeitsplätze – dem Land erhalten bleiben“, argumentierte Themessl.



Themessl: Wann kommt endlich der Bürokratieabbau in der Verwaltungsreform?

Lebt Gusenbauer wirklich hinter'm Mond?



Hofer: Gusenbauer gespieltes Unwissen über EURATOM ist einfach erbärmlich.

■ Der oberösterreichische Landtag hat im November 2007 eine Resolution beschlossen, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, den Austritt Österreichs aus EURATOM voranzutreiben. In seiner Antwort erteilte Kanzler Gusenbauer der Forderung nun eine klare Absage.

„Gusenbauer argumentiert damit, daß die Gefahr der Entstehung eines nuklearen Kerneuropas besteht, wenn Österreich und auch andere Staaten den Austritt aus dem EURATOM-

Vertrag anstreben“, zeigte sich Umweltsprecher Norbert Hofer erstaunt über die angeblich Unwissenheit des SPÖ-Chefs.

„Gusenbauer hat offenbar übersehen, daß das atomfreundliche Kerneuropa bereits Realität ist und mit österreichischen Steuergeldern gefördert wird“, konfrontierte Hofer den Kanzler mit Tatsachen. Denn Österreich sei, so Hofer, Gefangener im EURATOM-Vertrag und müßte unfreiwillig die Kernkrafttechnologie fördern: „Die einzige

logische Konsequenz kann daher nur der Ausstieg aus EURATOM sein.“ Es ist hinlänglich bekannt, daß Österreich über seine EURATOM-Beiträge der europäischen Atomindustrie jährlich Unsummen an Fördergeldern in den Rachen werfe. „Wenn die Regierung beweisen will, daß sie tatsächlich eine aktive Anti-Atompolitik betreibt, soll sie unsere Vorschläge unterstützen und sich nicht weiter hinterm Mond der Unwissenheit verstecken“, forderte Hofer.